"Erfolgreiches Ringen um Butter und Käse bei den Beitrittsverhandlungen in Luxemburg" in Süddeutsche Zeitung (23. Juni 1971)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. DÜRRMEIER, Hans ; Herausgeber HEIGERT, H. 23.06.1971, n° 149. München: Süddeutscher Verlag GmbH. "Erfolgreiches Ringen um Butter und Käse bei den Beitrittsverhandlungen in Luxemburg", auteur:Strick, Hans-Josef , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:
http://www.cvce.eu/obj/erfolgreiches_ringen_um_butter_und_kase_bei_den_beitrittsverhandlungen_in_luxemburg_in_suddeutsche_zeitung_23_juni_1971-de-03f4deb6-3fb8-49ad-a2ae-baac31010d0d.html

Publication date: 01/03/2017

Erfolgreiches Ringen um Butter und Käse bei den Beitrittsverhandlungen in Luxemburg

Absatzgarantien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an Neuseeland machen den Weg zur Klärung des britischen Finanzbeitrages frei / Verhandlungspartner wieder optimistisch

Von unserem Korrespondenten Jans-Josef Strick

Luxemburg, 22. Juni - Weitgehende Absatzgarantien der Europäischen Gemeinschaft für die Butterlieferungen aus Neuseeland haben am Dienstagabend in Luxemburg den Weg zur Klärung des letzten und entscheidenden Problems geöffnet, das dem britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt noch entgegenstand: der Finanzbeitrag. Damit schien die Erreichung des Zieles sicher zu sein, bis zur Sommerpause die essenziellen Beitrittsprobleme aus dem Wege räumen zu können. Die Beitrittsverträge mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen sollen bis Jahresende unterzeichnet und im Laufe des Jahres 1972 von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, damit von 1973 an die fünfjährige Übergangszeit beginnen kann, die bis 1978 die neuen Mitglieder in ihre vollen Rechte und Pflichten hineinführen soll.

Über den britischen Finanzbeitrag zum Gemeinschaftsbudget standen allerdings bei Anbruch der Nacht zum Mittwoch noch harte Verhandlungen bevor, nachdem die Minister schon in der voraufgegangenen Nacht bis 3.30 Uhr zusammen gewesen waren. Der Durchbruch im neuseeländischen Butterproblem behob die im Laufe des Dienstag wieder gewachsenen Zweifel am Erfolg der Beitrittsverhandlungen.

Die Zusammenkünfte des Ministerrats der Sechs, der sich um die Fixierung von Gemeinschaftspositionen für die Verhandlungen bemühte, mit dem britischen Europaminister Rippon beschränkten sich bisher auf kurze Visiten am Montagabend, um drei Uhr in der Nacht zum Dienstag, und erneut am Dienstagnachmittag.

Der französische Außenminister Schumann als gegenwärtiger Ratspräsident informierte den britischen Unterhändler bei diesen Gelegenheiten über die Vorstellungen der Gemeinschaft.

1.zur Stimmen- und Sitzverteilung im Ministerrat und in der Kommission einer erweiterten Gemeinschaft;
2. über vorübergehende Modifizierungen der Fischereimarktordnung;
3. über mögliche Sonderregelungen für Bergbauern und
4. über die Absatzgarantien für Butter und Käse, die Neuseeland nach dem britischen Beitritt von der Gemeinschaft noch eingeräumt werden sollen. Was schließlich
5. den britischen Finanzbeitrag während der Übergangzeit betrifft, so wurde die Kommission vom Ministerrat aufgefordert, die Vorschläge der Gemeinschaft zu Papier zu bringen, damit sie anschließend Rippon unterbreitet werden könnten. Sie gehen davon aus, daß Großbritannien im ersten Jahr der Übergangszeit etwa 45 Prozent seines Endbeitrages zum Gemeinschaftsbudget leisten soll. Der Beitrag wäre im Laufe der Übergangszeit bis auf 90 Prozent zu steigern, bevor im ersten Jahr der Endphase für die neuen Mitglieder die Regel der eigenen Finanzautonomie der Gemeinschaft gültig wird und sie damit ihren vollen Beitrag bezahlen können.

Der Vorschlag für das Neuseelandproblem lief darauf hinaus, die 170 000 Tonnen betragenden Butterlieferungen nach England binnen fünf Jahren um ein Drittel einzuschränken und das Kontingent der Käselieferungen von bisher 75 000 Tonnen im Jahr gänzlich abzubauen. Nach vier Jahren soll die endgültige Entscheidung über die künftige Behandlung der Butterlieferungen getroffen werden. Da dies jedoch einstimmig geschehen soll, wovon Frankreich auch am Dienstag noch nicht abzubringen war, fürchten Neuseeland wie auch Rippon die darin liegende Vetogefahr.

Der stellvertretende neuseeländische Premierminister Marshall gab im Foyer des Luxemburger Europazentrums eine Erklärung ab, wonach ein solches Angebot für Neuseeland völlig unangemessen sei und wesentlicher Verbesserungen bedürfe. Wenn Neuseeland schon ein Drittel seines angestammten Buttermarktes in Großbritannien verliere, könne es sich nicht darauf einlassen, möglicherweise nach fünf

Jahren das Opfer des Vetos eines Gemeinschaftslandes zu werden und den ganzen Markt einzubüßen. In britischen Konferenzkreisen wurde darauf hingewiesen, daß das Mutterland die „neuseeländischen Vettern" nicht im Stich lassen könne, die in den letzten Kriegen zur Sicherstellung der Ernährung ihres Ursprungslandes Entscheidendes beigetragen hätten.

Auf dem Gebiet des britischen Finanzbeitrags haben sich die großen Linien eines zahlenmässig faßbaren Gemeinschaftsvorschlages abzuzeichnen begonnen. Dabei ist von französischer Seite darauf hingewiesen worden, daß die Gemeinschaft im Finanzbereich eine elastische Haltung einnehmen könnte, wenn Rippon der Regelung bei Butter und Käse zustimmt. Die damit geschaffene Interdependenz wurde von den übrigen Partnern überwiegend bedauert.

Versuche, nicht zuletzt von holländischer Seite, Frankreich umzustimmen, schlugen bisher fehl. Der holländische Außenminister Luns sagte, er sei alles andere als glücklich über den Verlauf der Verhandlungen. Sein Staatssekretär de Koster schilderte die Stimmung im Ministerrat als finster. Bundesaußenminister Scheel bewahrte sich, wie er sagte, „einen realistischen Optimismus".

Die physische Belastung der Verhandlungsteilnehmer durch die vorausgegangene Nachtsitzung machte sich deutlich bemerkbar. Eine Fortsetzung der Verhandlungen in der nächsten Woche wurde beispielsweise von britischer Seite schon nicht mehr ausgeschlossen, wenngleich sich daraus Probleme ergeben dürften; denn Anfang der Woche würden mehrere beteiligte Außenminister verhindert sein und mit dem 1. Juli geht zur Wochenmitte die Präsidentschaft im Europäischen Ministerrat von Frankreich auf Italien über.

Einigen konnten sich die sechs Gründerstaaten am Dienstag auf ein gewisses Entgegenkommen bei den besonderen Wünschen der Beitrittskandidaten zur gemeinsamen Fischereipolitik. Rippon wurde eine gemeinsame Erklärung übergeben, in der bestimmte Modifikationen in Aussicht gestellt werden, mit denen den besonderen strukturellen, sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Problemen der Fischereiwirtschaft der Beitrittsbewerber Rechnung getragen werden soll. Allerdings sollen diese Anpassungen vorübergehender Natur sein und das Prinzip der Fischereimarktordnung nicht umstürzen, das ein Diskriminierungsverbot in den Gemeinschaftsgewässern für die Fischer aus allen Mitgliedstaaten enthält. Dauerhafte Ausnahmen könnten danach nur für bestimmte Regionen in Nordnorwegen zugestanden werden.